



Am 25.05.2005 führten wir, zum jährlich wiederholten Mal, einen Erfahrungsaustausch des Vorstandes der TIG **Schmalkalden-Bad Salzungen** mit den mit uns zusammenarbeitenden Vorsitzenden des BRH, des Bundeswehrverbandes und der Kameradschaft »Florian Geyer« des ehemaligen Regimentes der Grenztruppen der DDR Dermbach durch. An der Beratung nahm in bewährter Weise das Mitglied des Beirates beim ISOR-Vorstand, Walter Menz, teil. Der Vorstand der TIG informierte zum Stand des Kampfes um Rentengerechtigkeit, sowie der Beseitigung des Rentenstrafrechtes und dankte für die anhaltende Solidarität unserer Partner in diesen Bemühungen.

Wir konnten über 81 Petitionen (67 Prozent unserer Mitglieder) an den Petitionsausschuss des Bundestages, das Bundesverwaltungsamt und an die Birthlerbehörde, zur Aufhebung jeder weiteren Diskriminierung gegen Betroffene berichten.

Die anwesenden Vorsitzenden versicherten auch künftig ihre solidarische Hilfe und Unterstützung zu.

Am 05.05.05 beriefen wir eine Mitgliederversammlung anlässlich der 60. Wiederkehr des Jahrestages der Befreiung ein.

Unser Anliegen bestand darin, jeder Art und Form von Geschichtsfälschungen entgegenzutreten, unsere Mitglieder zu mobilisieren dafür zu wirken, auch in Zukunft den Schwur „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ zu erfüllen und zu helfen den Staffeln an die junge Generation weiterzugeben. **Lothar Luck**

Aus der Arbeit verbündeter Verbände

Es roch nicht nur ...

... nach Rache, es war ein Feldzug mit vielen Rachegefühlen, die die Justiz der BRD-Alt gegen den Sport der BRD-Neu durchgeführt hat. Getreu der Forderung von Klaus Kinkel auf dem 15. Deutschen Richtertag vom September 1991 setzte eine Verleumdungs- und Verfolgungsjagd gegen Trainer, Ärzte, Wissenschaftler und Funktionäre des Sportes der DDR ein. Neben den Prozessen gegen Angehörige der NVA, der Grenztruppen, des Ministeriums für Staatssicherheit oder Juristen war auch der Sport Bestandteil des »Unrechtsstaates« DDR und seine Repräsentanten mussten auf die Anklagebank. Hunderte von Kriminalisten und Juristen aus allen Teilen der alten Bundesländer ermittelten und erhoben Anklagen. In fast zehn Jahren »Ermittlungszeit« wurden ca. 1.000 Personen des DDR-Sportes verdächtigt. Nach Hausdurchsuchungen und zwei Fragebogenaktionen (hier sollten Sportler Trainer und Ärzte denunzieren!) waren 90 Prozesse geplant, am Ende fanden neun statt. Die weit verbreitete These von der Vergabe unterstützender Mittel

– gleich Doping – gleich Körperschaden war Bestandteil der Prozesse und schließlich von Verurteilungen. Experten errechneten, dass die Kosten für diese Strafverfolgung sich bei ca. 130 Millionen DM beliefen. Dafür hätten zehn Schwimmhallen oder 50 Sporthallen gebaut werden können. In den beiden politischen Schauprozessen gegen Schwimmtrainer und Ärzte des SC Dynamo Berlin sowie gegen den schwerkranken Präsidenten des DTSB, Manfred Ewald, konnte kein gerichtsmedizinisches Gutachten für die angeblichen Körperschäden erbracht werden. Schließlich verzichtete man auf derartige Gutachten und verurteilte auf Grund von Verdächtigungen. In seiner Stellungnahme an den Vorsitzenden, Richter Bräutigam, schrieb der Gutachter, Prof. Dr. Norbert H. Rietbrock aus Lemgo, nach dem Dynamo-Prozess: Die Enttäuschung liegt vor allem darin, dass Trainer und Mediziner wegen Körperverletzung verurteilt worden sind, die nicht nachzuweisen waren... Meine Kritik zielt vielmehr darauf ab, dass das Gericht Feststellungen getroffen hat, die teilweise im Widerspruch zum Sachverständigen-gutachten stehen.« Soweit Prof. Rietbrock. Der Bereich Sport der DDR wurde somit von Juristen und insbesondere von Journalisten sowie von selbsternannten Doping-Experten zum Gegenstand von globalen Beschuldigungen, Verdächtigungen und Verleumdungen im Stile des Kalten Krieges gemacht. Die Strafverfolgungsmaßnahmen gegen DDR-Sportverantwortliche durch die Rechtsorgane der BRD sind eindeutig Akte der politischen Siegerjustiz und können im politisch-moralischen Sinne auch als eine Form der Rache wegen verlorener sportlicher Positionen bei Olympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften angesehen werden. Zu schwer waren die Niederlagen auf Aschenbahnen, in Schwimmhallen oder auf Rennstrecken. Der berühmte französische Dichter Anatole France schrieb einmal: »Die Justiz heiligt bestehende Ungerechtigkeiten ... Hat sie sich jemals gegen die Eroberer aufgelehnt?« Er schrieb dies vor Jahrzehnten, aber er hätte es auch heute zu Papier bringen können. Bei der **Gesellschaft zur humanitären und rechtlichen Unterstützung e.V. (GRH)** arbeitet seit Jahren eine **Arbeitsgruppe Sport**, die es sich u.a. zu ihrer Aufgabe gemacht hat, den Betroffenen juristischen Beistand zu geben und durch solidarische Handlungen die Strafe nach der Strafe mildern zu helfen. **Erhard Richter**



Der **GBM-Ortsverband Chemnitz** übermittelte folgende Pressemitteilung (Auszüge):

Eine Abordnung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V., Ortsverband Chemnitz (GBM), übergab auf Initiative der IG Frieden-Gerechtigkeit-Solidarität im Stadtverband der PDS Chemnitz kürzlich in Berlin eine Massenpetition mit über 3000 Unterschriften aus mehr als 200 Städten und Ge-

meinden der Bundesrepublik dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Bundestages, Herrn Dr. Karlheinz Gutmacher.

Inhalt der Petition: Das Bundesverfassungsgericht erklärte am 22. Juni 2004, dass die Beschäftigten- und Qualifikationsstruktur im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit, sowie in dieser Behörde erzielten Pro-Kopf- und Durchschnittseinkommen nicht hinreichend geklärt sind. Diese Unklarheiten sollen laut Bundesverfassungsgericht beseitigt werden. Entsprechende Gutachten würden, so die Vertreter von GBM, dazu dienen, noch vorhandene Rentenungerechtigkeiten beheben zu können...

Mit der Petition wird der Petitionsausschuss aufgefordert, in dieser Angelegenheit im Rahmen seiner Kompetenzen tätig zu werden. Dr. Gutmacher erklärte nach der rechtlichen Prüfung der Petition, er werde dafür Sorge tragen, dass die Massenpetition im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen behandelt würde.

Jonny Michel

Aus der Postmappe:

Seit Dezember 2004 habe ich in einer Vielzahl von Schreiben an Politiker, Abgeordnete und an einen Richter am BVerfG Schreiben gesandt, in denen ich mein Unverständnis zum anhaltenden Rentenstrafrecht und auch zu den teilweise widersprüchlichen Wertungen in den Beschlüssen des BVerfG vom 22. und 23. Juni 2004 zum Ausdruck brachte. Ein persönliches Gespräch mit dem MdB, dem SPD Abgeordneten Scheffler, bestätigte mir nur zu augenscheinlich die Doppelbödigkeit und Verlogenheit, mit denen die meisten der MdB mit diesem, unserem Rentenproblem umgehen. Immer wieder retteten sie sich in die Behauptung, dass man Rücksicht auf die »SED-Opfer« nehmen müsste. Trotz diesbezüglicher Aussage des BVerfG zu diesem Problem änderte sich an dieser Argumentation nichts.

Ich war am 12.05.05 selbst Zuschauer der Bundestagsdebatte zur Gesetzesnovelle zum AAÜG in zweiter und dritter Lesung. Eine absolute »Geisterdebatte«! Knapp 10 Prozent der Abgeordneten waren anwesend, es sprach nur Petra Pau, auf deren Einladung ich der Debatte beiwohnte, und das »ganze Haus« (Feststellung der Vizepräsidentin Vollmer), außer beiden PDS-Abgeordneten, stimmte dem Gesetz zu.

Nun kenne ich inzwischen das ganze Ausmaß dieser Gesetzesnovellierung.

Es besteht darin, dass

- ▶ die Feststellung der Grundgesetzwidrigkeit des BVerfG zum §6 des AAÜG mit dem sogenannten Wertungswiderspruch umgangen wird;
- ▶ zwar E-3-Betroffene aus dem Rentenstrafrecht entlassen werden aber dieser Paragraph dadurch verschärft wird, dass all die weiter drin bleiben und Neue hinzu kommen, die in ihren Funktionen in irgend einer Art und

► Fortsetzung auf Seite 5

► **Fortsetzung von Seite 4**

Weise mit dem MfS/AfNS verknüpft waren, so u. a. Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen. Liebe Freunde, nun könnten sich die, die unter den Paragraphen 7 fallen, wie auch ich, sagen, was soll's, mich berührt es sowieso nicht, da ohnehin weiter Strafrentner.

Ich sehe das ein wenig anders:

► Außer bei Paragraf 7 werden alle anderen Betroffenen für ihre gewollte oder dienstlich bestimmte Zusammenarbeit mit dem MfS/AfNS rentenrechtlich bestraft. Das MfS/AfNS ist das letztendlich Übriggebliebene der DDR, an dem alle Verunglimpfung der DDR und seiner Bürger fest gemacht wird. Und das mit aktiver Hilfe der »Birthler-Behörde«!

► Die »Bestraften« des Paragraf 6 sind auf Geheiß und Verderb mit denen des Paragraf 7 verbunden. Nur im engen Zusammengehen und im gemeinsamen Widerstand sind weitere Erfolge möglich.

Helmut Hoffert, Berlin-Treptow

Bei anderen gelesen:

Presseinformation 36/05 der **Volkssolidarität** vom 25. Mai 2005:

Urteil zu Ost-Renten enttäuschend

»Das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist für viele Rentner in den neuen Bundesländern und Berlin enttäuschend«, erklärte der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Gunnar Winkler, am Mittwoch. Damit reagierte er auf die Zurückweisung von Verfassungsbeschwerden, die sich dagegen wenden, dass die seit 1992 bei einer großen Zahl von »Ost«-Renten gewährten Auffüllbeträge und Rentenzuschläge zu keiner Zeit dynamisiert und seit 1996 mit jeder Rentenerhöhung abgeschmolzen wurden (Beschluss 1 BvR 398/97, 1 BvR 1304/98 und weitere).

Der Präsident der Volkssolidarität erklärte weiter: »Das Bemühen, Anfang der 90er Jahre im Zuge des Systemwechsels bei den Renten

durch die Auffüllbeträge größere soziale Härten zu vermeiden, kehrt sich jetzt endgültig um. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts schreibt die seit 1996 festzustellende Tendenz fest, dass Renten mit Auffüllbeträgen gar nicht mehr oder nur sehr gering ansteigen.«

Winkler verwies auf die Auswirkungen für die Betroffenen, deren Anzahl im Jahre 2004 bei Renten wegen Alters und verminderter Erwerbsfähigkeit noch über 470.000 lag, darunter fast 433.000 Frauen. »Die geringen durchschnittlichen Rentenzahlbeträge zeigen, dass es nicht um eine drittrangige Frage, sondern um ein brennendes soziales Problem geht.« So lagen laut Rentenversicherungsbericht 2004 die entsprechenden Zahlbeträge bei den Renten mit Auffüllbeträgen bei Frauen bei 541 Euro und bei Männern bei 656 Euro.

Im Hinblick auf die Bundestagswahlen kündigte Winkler an, dass die Volkssolidarität diese Frage auch in ihren Wahlprüfsteinen gegenüber den Parteien thematisieren wolle.

V.i.S.d.P.: Dr. Bernd Niederland

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:**zum 94. Geburtstag:**

Elli Enderlein, Bln.-Hschh.

zum 92. Geburtstag:

Karl Marquardt, Plauen

zum 91. Geburtstag:

Herta Bode, Magdeburg
Frieda Schneider, Cottbus

zum 90. Geburtstag:

Irma Baude, Bln.-Fr'felde
Werner Fischer, Dresden
Walter Regel, Bln.-Hellersdorf

zum 89. Geburtstag:

Werner Seidel, Bln.-Mitte

zum 88. Geburtstag:

Hildegard Schürz, Senftenberg

zum 87. Geburtstag:

Friedrich Pahn, Cottbus
Erich Walther, Strausberg

zum 86. Geburtstag:

Heinz Köhler, Bln.-Treptow
Gertrud Mühlporfte, Bln.-Hschh.
Gerhard Rätzel, Magdeburg
Anna Marie Scheiner,
Bln.-Prenzl.Berg
Erika Wagner, Leipzig

zum 85. Geburtstag:

Margarete Anders, Freital
Heinz Busch, Magdeburg
Herbert Hamann, Chemnitz
Gerhard Ihm, Bln.-Köpenick
Heinz Kaiser, Klingenthal
Margarete Knauth, Magdeburg
Fritz Lieske, Bln.-Lichtenberg

Rudi Marquardt, Bln.-Köpenick

Otto Maul, Aschersl./Staßfurt

Fritz Melzer, Königswalde

Elfriede Rößner, Leipzig

Elfriede Sliwanski, Leipzig

Walter Streich, Bützow

Kurt Thielemann, Chemnitz

zum 80. Geburtstag:

Elli Bittner, Bln.-Mitte

Ingeborg Fiedler, Bln.-Fr'hain

Heinz Fritsche, Bln.-Fr'felde

Walter Gampe, Greiz

Margarete Hering, Pirna

Elli Killmann, Aschersl./Staßfurt

Rudi Kränzel, Bln.-Lichtenberg

Ruth Kühne, Magdeburg

Hanna Metz, Potsdam-West

Charlotte Otto, Cottbus

Joachim Pella, Bln.-Fr'hain

Günther Pönitzsch, Magdeburga

Karla Popek, Bln.-Fr'felde

Hans Rondelmann, Cottbus

Gerhard Richter, Gera

Hanna Rümmler, Rostock

Erika Schimpf, Arnsdorf

Ingeborg Steinbock, Bln.-Köp.

Helmut Torge, Bln.-Pankow

Rudi Volksdorf, Waren/Röbel

Werner Wendrock, Marienberg

Günter Wendtlandt, Magdeburg

zum 75. Geburtstag:

Hans Agly, Aschersl./Staßfurt

Ruth Apel, Gera

Willi Bänecke, Magdeburg

Waldemar Berton, Cottbus

Paula Blaneck, Lehnitz

Gerhard Bölinger, Bln.-Marzahn

Dr. Wolfgang Burkert,

Bln.-Fr'felde

Rolf Dahlenburg, Hoyerswerda

Günter Eckhardt, Dresden

Hans-Joachim Ehlert, Strausberg

Karl Eisenbeiß, Bln.-Fr'felde

Ilse Eschrich, Suhl

Ruth Fischer, Leipzig

Horst Fitzner, Cottbus

Werner Frenzel, Aschersl./Staßfurt

Alfred Gommlich, Bln.-Marzahn

Horst Graupner, Bln.-Fr'felde

Lieselotte Grießer, Rodewisch

Dr. Heinz Grützner, Greifswald

Ingo Havemann, Dresden

Gerhard Heideck, Bln.-Hellersd.

Elisabeth Hempel, Bln.-Hellersd.

Dr. Alexander Horneburg, Sellin

Herbert Holst, Binz

Lothar Huskobla, Cottbus

Horst Idzikowski, Bln.-Hschh.

Hildegard Ilchmann, Bln.-Li'berg

Wolfgang Jahnig, Bln.-Treptow

Werner Jahnke, Bln.-Köpenick

Erwin Kalipke, Erfurt

Heinz Karow, Halle

Erwin Kaspar, Bln.-Hellersdorf

Heinz Körner, Hermsdorf

Elisabet Kraft, Bln.-Hschh.

Lothar Kretzschmar, Chemnitz

Johann Kurkotow, Cottbus

Horst Kurth, Radebeul

Jutta Lange, Magdeburg

Werner Leege, Bln.-Treptow

Harry Lenke, Bln.-Li'berg

Manfred Lochmann, Bln.-Li'berg

Günter Lohr, Bln.-Treptow

Gerhard Mäske, Greifswald

Dieter Moraske, Cottbus

Lothar Morgenstern,

Templin/Ahrensld.

Harry Müller, Cottbus

Heinz Nagler, Schwarzenberg

Gerhard Petzold, Dresden

Heinz Püschel, Eggesin

Heinz Reibholz, Leegebruch

Ursula Reinecke, Gera

Marianne Richter, Bln.-Fr'felde

Harry Ritter, Bln.-Hschh.

Werner Rudolph, Pirna

Manfred Schick, Magdeburg

Ingeborg Schirm, Bln.-Hschh.

Heinz Schlurick, Halle

Dr. Heinz Schmidt, Halle

Erwin Schulz, Schwarzenberg

Friedrich-Karl Schulz, Bernau

Dr. Wolfgang Schwanitz,

Bln.-Mitte

Manfred Seiffert, Leipzig

Alfred Seltmann, Bln.-Marzahn

Harry Settner, Suhl

Heinz Sorge, Unterweißbach

Werner Steinmann, Saalfeld

Joachim Synowiec, Bln.-Pankow

Fred Terton, Bln.-Weißensee

Emil Uhl, Bad Brambach

Harry Ullrich, Bln.-Hellersdorf

Helmut Voigt, Bln.-Treptow

Dieter Wendt, Neuenhagen

Christa Wieland, Schildow

Karl-Heinz Winkler, Bln.-Treptow

Werner Wohlfarth, Zeulenroda

Oswald Zeinert, Cottbus



Aus aktuellem Anlass warnt die **Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)** vor falschen Rentenbescheiden, die in der letzten Zeit an Rentenempfänger verschickt wurden.. Hierbei handelt es sich um mehr oder weniger eindeutig als Werbung erkennbare, persönlich adressierte Schreiben von in- oder ausländischen Versicherungen, Finanzdienstleistern oder Ähnlichem. In den Schreiben werden den Empfängerinnen oder Empfängern neue höhere Rentenzahlungen in Aussicht gestellt. Das geschieht meistens in Verbindung mit dem Abschluss einer Versicherung, einer Warenbestellung oder einem Gewinnspiel. Die BfA weist darauf hin, dass die gesetzliche Rentenversicherung keinesfalls der Absender dieser Werbeschreiben ist. Rentenbescheide der BfA oder eines anderen deutschen Rentenversicherungsträgers sind eindeutig als diese erkennbar. Die BfA warnt davor, auf die in den Werbeschreiben getätigten, oft unseriösen Versprechungen einzugehen und rät dazu, die Papiere einfach zu vernichten. Sofern sich jemand unsicher ist, ob es sich bei dem zugesandten Schreiben um ein offizielles behördliches Dokument oder um zu vernachlässigende, irreführende Werbung handelt, sollte er sich an eine der Auskunfts- und Beratungsstellen der gesetzlichen Rentenversicherung wenden. Für Rückfragen stehen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des kostenlosen Servicetelefons der BfA (Berlin) unter der Rufnummer 0800-3331919 zur Verfügung. *(Quelle: www.bfa.de 20.05.05)*

Internetinformationen:

Helmut Holfert, TIG Treptow schrieb uns per Email:

Ich bin nach wie vor der Meinung, keine Möglichkeit ungenutzt zu lassen, um auf die Unmöglichkeit und Ungeheuerlichkeit des Verlaufs und der Verabschiedung des Änderungsgesetzes zum AAÜG aufmerksam zu machen.

Das von ihm an den Präsidenten und die Mitglieder des Bundesrates gesandte Schreiben kann nachgelesen werden unter:

[www.isor-sozialverein.de/Aus unseren TIG](http://www.isor-sozialverein.de/Aus_unseren_TIG)



Der Vorstand der TIG Rostock wandte sich in einem Beitrag an die Mitglieder der TIG, in dem er sich für die Aktivitäten der vergangenen Monaten und die erwiesene Solidarität bedankte.

Der Beitrag kann nachgelesen werden unter: [www.isor-sozialverein.de/Aus unseren TIG](http://www.isor-sozialverein.de/Aus_unseren_TIG)

Auf dem Büchermarkt:

Drei Biografien von Vereinsmitgliedern möchten wir heute vorstellen:

► **»Ostprodukt Baujahr 1924«** von **Hans Frobin** ist im Nora-Verlag erschienen. ISBN 3-935445-71-7 broschiert – 218 Seiten.

Der Autor stellt selbst sein Buch vor. Es ist *»ein Buch, welches meine Geschichte aus meiner Perspektive darstellen soll.*

Das Büchlein sollte ursprünglich an meine Kinder und Enkel gerichtet sein und ist aus der Sicht eines Arbeiters geschrieben. Mein Bestreben war daher, unkompliziert und mit einem Schuss Humor zu schreiben« – was ihm auch weitgehend gelungen ist.

► Auch **Horst Glaser** widmet seine Memoiren insbesondere seiner Tochter und seinen Enkeln, denen er damit Antworten auf Fragen zu seiner Vergangenheit geben will.

Das Buch ist unter dem Titel **»Wir wurden nicht gefragt – Kritische Reflexionen eines Pommernvertriebenen«** im GNN Verlag erschienen. Preis 9,50 EURO

ISBN 3-89819-182-6 broschiert – 158 Seiten. Im Vorwort schreibt der Autor: *»Dem Leser gewähre ich einen Einblick in meine Biographie, die durch die Vertreibung aus meiner Heimat – Pommern – wesentlich geprägt wurde.*

Ich schreibe dieses Buch auch mit dem Ziel, späteren Generationen meine Erlebnisse und Erfahrungen zu vermitteln, weil besonders meine Generation und die meiner Eltern »Spielball« der Mächtigen im zwanzigsten Jahrhundert – wie kaum eine andere Generation vorher und nachher – war.«

► Das dritte Buch stammt von **Gerhard Block** und trägt den Titel **»Verraten und verkauft – Memoiren eines Unverbesserlichen«**. NORA-Verlag – ISBN 3-86557-010-0

In einer im ND dazu veröffentlichten Rezension heißt es u. a.: *Er nennt sich einen »Unverbesserlichen«. Aus seinem kleinen Büchlein erfährt man, wie sich seine sozialistischen Überzeugungen bildeten, von seinen kritischen Gedanken, seinem Eigensinn – auch von tragischen Schicksalswendungen... Blocks Postlaufbahn war durch einige Jahre bei der Aufklärung der DDR 1957 bis 1964 unterbrochen...*

Seine Tätigkeit als »Resident« in der BRD fand ihr jähes Ende durch Verrat und Haft.

Freiheit und Rückkehr in die DDR im Rahmen des damaligen »Agentenaustausches«.

Es ist die Schilderung eines nicht alltäglichen Lebens, aufgeschrieben von einem Mann, der seinen Idealen treu geblieben ist.

Von Mitglied zu Mitglied:

Hüfingen-Sumpfohren – Sonnige 3 Zimmer FEWO im Erdgeschoss bis 4 Pers. Nähe Donaueschingen zwischen Schwarzwald und Bodensee. Tel. 0771-89 68 099

	<p>Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder</p>	
<p>BERND EBERT, Halle GÜNTHER FECHNER, Bln.-Friedrichsfelde CLAUS GIESE, Pdm.-Schlaatz HANS KLABUNDE, Bln.-Pankow UWE KLUGMANN, Bln.-Hellersdorf FRITZ KOMNICK, Salzwedel FRITZ LÖSCHE, Dresden DIETER MARQUARDT, Feldberger Seenl. OTTO MÜLLER, Pdm.-Schlaatz GERTRAUD NAGEL, Delitz a. B. PETER PLANK, Lobenstein CHRISTINE PREISSING, Bln.-Treptow GÜNTER PUCHERT, Frankfurt/O WALLY REICHEL, Neubrandenburg FRANK ROTTMUND, Pdm.-Drewitz WERNER SCHAARSCHMIDT, Chemnitz JOSEF SEIFERT, Pdm.-Babelsberg ARNO THIMM, Riesa URSULA VOGEL, Halle HEINZ WAGNER, Bln.-Marzahn</p>		
<p>Ehre ihrem Andenken.</p>		

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 25.05.2005

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.06.2005

Einstellung im Internet: 08.07.2005

Auslieferung: 14.07.2005

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Donnerstags von 15 bis 18 Uhr